



Organ des Gewerkevereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Bekanntlich leben Gemüter für die Wohlgeleit gottlich... Preis für die Jahressubskriptionen 15.— fr. monatl. ohne

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des Gewerkevereins: Saarbrücken, Postfach 21... Dr. Johannes Strauß 40. — Fernsprech-Nr. 2140

Geduld und Ausdauer

Das rechte Wissen nicht allein... Geduld, Geduld ist zweimal notwendig... Ein Tag heißt seines Tages Frucht!

G. R. (Bergarbeiterfreund)

Gedankenlosigkeit

Man trifft immer wieder Arbeiter, die auf die Frage nach ihrer Organisationsfähigkeit antworten: Ich weiß nicht... Man trifft immer wieder Arbeiter, die auf die Frage nach ihrer Organisationsfähigkeit antworten: Ich weiß nicht...

Man trifft immer wieder Arbeiter, die auf die Frage nach ihrer Organisationsfähigkeit antworten: Ich weiß nicht... Man trifft immer wieder Arbeiter, die auf die Frage nach ihrer Organisationsfähigkeit antworten: Ich weiß nicht...

Gewöhnlich erst dann, wenn der Beruf oder das Leben ihnen einen schlimmen Streich spielt... Gewöhnlich erst dann, wenn der Beruf oder das Leben ihnen einen schlimmen Streich spielt...

In Saargebiet haben wir noch die Erwerbslosenfürsorge... Die Gewerkschaften, und die Gewerkschaften freundlich gesinnten politischen Parteien verlangen...

Die Verheerung schafft nämlich den oder keine Geduld arbeitslos gewordenen Arbeiter ein Ausmaß... Die Verheerung schafft nämlich den oder keine Geduld arbeitslos gewordenen Arbeiter ein Ausmaß...

Geistigkeit leicht zu finden, also nicht wegen Mangel an Arbeitsgelegenheit die Arbeit aufzugeben haben... Geistigkeit leicht zu finden, also nicht wegen Mangel an Arbeitsgelegenheit die Arbeit aufzugeben haben...

Der Drang nach den gehobenen Berufen

Im Allgemeinen kann man feststellen, daß Eltern von Kindern beabsichtigen, ihren Kindern ein höheres Schulniveau zu beschaffen... Im Allgemeinen kann man feststellen, daß Eltern von Kindern beabsichtigen, ihren Kindern ein höheres Schulniveau zu beschaffen...

Wahlstudium verlängert. Die Anzahl der zu abholenden Semester wurde von 4 auf 4 und 1/2, von 6 auf 6 und 1/2 Semester erhöht... Wahlstudium verlängert. Die Anzahl der zu abholenden Semester wurde von 4 auf 4 und 1/2, von 6 auf 6 und 1/2 Semester erhöht...

Zunächst ist festzuhalten, daß die Tendenz außerordentlich stark ist, Kinder in den gewöhnlich erwerbenden Berufen unterzubringen... Zunächst ist festzuhalten, daß die Tendenz außerordentlich stark ist, Kinder in den gewöhnlich erwerbenden Berufen unterzubringen...

Obwohl der Jüngling zu den geistigen Berufen immer schwerer gemacht wird, läßt der Umstand dazu nicht... Obwohl der Jüngling zu den geistigen Berufen immer schwerer gemacht wird, läßt der Umstand dazu nicht...

genau zu prüfen, ob ein langjähriges Studium durchgehalten werden kann und ob das Studium dem Kind die Ergründung eines der angewandten Fächer entsprechenden Berufs ermöglicht. Die Prüfung muß mit ernstem Eifer geschehen.

Angenommen werden. Versuche man sich nicht darauf, daß nach dem Abschluß des Studiums Botanik, Latein und Osnels angepaßt werden können, um dem Kind zu einer Stelle zu verhelfen. Die besten Beziehungen haben keinen Wert, wenn keine Stellen offen liegen.

Will wir nur Dinge machen wollen, wollen wir an dieser Stelle keine Kritik üben. Tatsache ist aber auch im Gange, daß der Beizellen immer mehr werden, die früh den Schülern mit guter Volksschulbildung offen bleiben. Viele taufmännischen Büros stellen als Lehrlinge nur junge Leute mit abgeklärtem Vorkenntnisse in Volksschulbildung ein. Darunter leidet das Ansehen der Volksschulbildung. Die leicht liegt aus hier die Tendenz, während der Arbeiterkinder das Eingehen in die Angelernte beruflich unmöglich zu machen, oder ersichtlich zu erschweren. Dadurch muß sich bei den Arbeitern der Gedanke anküpfen, daß nur derjenige, der das nötige Geld hat, die Bildung aneignen kann, die ihn zur Befreiung eines geborenen Schicksals befähigt. Das wäre zweifellos nicht gut, besonders nicht, weil wir in unsem heutigen Vorkessler Leben genug zerren und zerstückelt sind und weitere Spannungen vermeiden werden müssen.

Nun noch ein besonderes Wort an unsere Mitglieder. Auch in den Kreisen unserer Mitglieder ist das Betreiben sehr stark erkennbar, die Kinder der geistlich arbeitenden Berufen zuzuführen. Viele quälen sich, sporen und harnen, legen andere Kinder aus, um an einem kinde gute Schulbildung zur Erreichung eines geborenen Schicksals zu verhelfen. Andere glauben für Kind talentiert und leiten es zu einem Handwerkskultus. Um die Vernein vorbeizunehmen wird nach einer Stelle im Ausland gesucht. Leicht verführlicher Weise werden man sich zunächst dorthin, wo man glaubt, in gute Verhältnisse oder materielle Verbundenden Anspruch auf Einweisung des Kindes erheben zu können. Es ist auch ganz natürlich, daß die angegangenen Stellen Bewerbungen für nahelebender Leute zuerst berücksichtigt. Aber eingeteilt

Jann hoch zu werden, wenn freie Stellen vorhanden sind. Und das ist recht wenig. Außerdem ist wenig im Verhältnis zur Zahl der Bewerbungen. Die Zahl der Bewerbungen im Jahre 1900 betrug 4000 Bewerbungen für 1000 freie Stellen vorliegen und zu beantworten. Das von 2007 in abnehmendem Sinne, da nur drei Stellen zu vergeben waren. Dasselbe berichtet der „Hörsel“ über 20 Bewerbungen für 10 Stellen. Die öffentliche Erziehung, wenn die Bewerbung nicht angenommen würde, dann Austritt. Und dann das Vorkommen aus untern Büros. Jedes Mitglied darf sich darauf verlassen, daß jeder Gemeindefortschrittler nicht auf die Hand zu sein verweilt, sondern es in den Kräfte liegt. Hier ein Gemeindefortschrittler ist so kräftig, daß er neue Stellen schaffen oder eine Veränderung zwingen kann, gerade nur den oder die in den genannten Berufen einzustellen. Das müßte noch eigentlich aus jeder Kamerad kommen. Wenn dann von neuen Bindungen nichts zu erreichen ist, dann kommen

unfreundliche Vermüde

und aus offen und versteht die Drögen mit dem Austritt. Dann kann auch mal der geduldige Mensch verstimmt werden. Ganz niedrig gefühlt erscheinen allen auf den Büros in Saarbrücken abnehmend 500 Kameraden resp. ihrer Frauen oder Kinder, und erhalten um ein Stellenermittlung. Besonders gefragt sind freie Stellen bei der Knappschuß. Und dort ist wirklich nichts zu machen. Wenn da mal eine Stelle frei wird, kann ich schon so viele vorgereicht, daß Neubewerbungen zweifellos sind. Bei den kommunalen Behörden ist das Verhältnis bessele. Darum auch hier genau prüfen und eventuell zeitig umstellen. Warum muß der Junge unbedingt zum Büro. Bei den meisten Jungen mit gefunder Körperkonstitution ist die

Erziehung eines Bauwanders

das Gegebene. Im Saargebiet zum Beispiel ist Mangel an Bauhandwerkern aller Art. Die arbeiten zwar nicht gehirnteigt und gebildet, haben aber dafür ein festes und gutes Fund. Es gibt Leute, die nicht gehen, die gibt es auch wenige, die einen solchen Beruf als unzureichende Zumutung ablehnen. Das ist nicht zu machen.

Wenn wir erwarten, daß unsere Kameraden und ihre Frauen über unsere vorstehenden Hinweise nachdenken wollen, wäre der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

und, indem sie viele Duzende von Kameraden entließ, nur der Wille zum betrieblen Kampf nicht geblieben. In den folgenden Jahren leucht mir die Zukunft an.

Der Vorkessler für das taubel, Deutschland erstrebt ein

Ausgangs- und Hoffungsbere.

Auch auf evangelischer Seite war man nicht untätig. Die damals im Saargebiet amtierenden Geistlichen entwickelten eine tüchtige Tätigkeit. Auch sie wollten, nach ihrer Auffassung, den Kameraden im Arbeitsbereich behelfen. Ein Junge, der von dem Geistlichen neben der sozialdemokratischen Sigilation innerhalb des Rechtsfahrereins eine beginnende kirchliche Entfremdung der Arbeiter erlebte. Es gründete man nach dem Streik 1889 die

evangelischen Arbeitervereine.

Als eine weitere Ursache der Gründung waren die damaligen kirchlichen Erlasse anzusehen, die unter anderem einen größeren Einfluß der Arbeiterkraft auf die Vorgänge im Arbeitsverhältnis wußten. Auch die Arbeitervereine haben, wie von den Geistlichen selbst herozogenen, mit zur Sprengung des Rechtsfahrereins beigetragen. Der dritte Streik im Winter 1890/91 lag durch die evangelischen Arbeitervereine weitgehend außerhalb des Zustandes. Der Streik soll eine aufgestellte Statistik den Beweis erbracht haben, daß nur wenige Mitglieder der Vereine sich am Streik beteiligten. Wie sich jedoch später herausstellte, hatten nicht wenige Mitglieder teilgenommen, obwohl die Statistiken dies nicht zeigen. Wenn auch die Angaben etwas übertrieben erscheinen, in Wirklichkeit war die Stellungnahme der Arbeiter und der Arbeitervereine auf das Eindämmen der Streikbewegung nicht ohne belang. Zur Wille der Proteste haben sich auch die kirchlichen und sozialpolitische Vorträge gehalten. Es bestand ein vorhandenes Bedürfnis nach sozialer Auffklärung und Werbung getragen werden. Neben einer Reihe damaliger tüchtender Männer im evangel. sozialen Leben hielt auch der Direktor des Saargebietes Knappschuß den Vortrag „Der Arbeiter und die Kirche“ und der damalige neue Knappschußstatut. Die angegebene Aussage brachte die später so sehr billbare Wertschätzung der Invalidenten auf die Knappschußspenden. Auch Bergart Wänscher war ein tüchtiger Vertreter der Kirche in der Arbeiterbewegung. Er wurde zum derzeitige Direktor, der in einer späteren Sitzung von Knappschußstatut im Saargebiet zu Reutlingen einem dieser Kameraden, der sich nicht zu seiner Unfähigkeit besonnen wollte, mit Freigabe brachte. In diesem Zusammenhang erwähnen wir auch den damaligen Rechtsausfall- und Beratungsstelle ertrübt. Es lag hier die durchaus auch Aufsicht nur, den Mitgliedern besonders in Anwalts- und Unfallfällen behilflich zu sein. Das Büro war wohl nicht hart im Sinne der Arbeiter, sondern eher ein Unentschieden der Arbeiterschaft wurde sehr bald bekannt, daß Rechtsausfall-Dörner, der Leiter genannt Ausfallstelle, auch der Rechtsbeistand des Freirechnen von Stumm war. Bei dem größten Teil evangelischer Arbeiter im Saargebiet ist gegenwärtig ein Unentschieden, ein glaublich einlad, daß dieser Rechtsausfall in Unfallsangelegenheiten etwas für den Bergmann herauslösen könne. Er war, nach der damaligen Auffassung, eben an die Industrie gebunden. Nicht gering war die Zahl evangelischer Arbeiter, die aus diesem Grunde Mitglied des Vorkessler in das taubelhilf, Deutschland waren. In rein evangelischen Orten waren nicht selten Ordisgruppen dieser Bewegung vorhanden. Die herausgegebenen Hefte wurden sehr gerne gelesen. Sie bildeten sehr oft die einzige sozialdemokratische Lesestoffe in den Arbeiterfamilien. Die Hefte verügte, noch aus einem anderen Grunde leichten viele Arbeiter die Mitgliedschaft in den Vereinen und im Verband ab. Beide wollten den Frieden zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herstellen. Auch der damalige Vorkessler, der sich nach dem Streik 1889 unter vollständiger Aufgabe der politischen Ziele und der persönlichen Freiheit zu erziehen. Ein solcher Friede wurde von keinem Arbeiter gemüht.

Selbst die, genug nicht revolutionär wirkenden Vereine waren der Industrie noch zu gefährlich. Eine besonders die in diesem Saargebiet, die Arbeitervereine befähigte sich mit den Vereinen besonders mit der erdrieten Ausfallstelle. Nach der Auffassung der Industrie war diese Stelle nichts anderes, als eine Station zum Anschluß an den Gewerbetreibenden. Die Gründung des Vorkessler Vereins, unter Mitwirkung des Herrn Hlarrers Die Weber, war nach der Auffassung des Freirechnen von Stumm eine sozialdemokratische Bewegung in neuer Form. Ein Anschlag der Arbeiter und ihrer Vereine konnte deshalb nicht gebudet werden. Die Arbeitervereine wurden als ein in die soziale Politik getriebene. Man lehrte ferner das von Hlarrer Staumann herausgegebene Organ „Die Silie“. Man verlangte nach den Arbeitervereinen Befreiung. Wenn dies nicht möglich, dann sollten auch die von den Mitgliedern nach dem Streik 1889 in die soziale Politik getriebenen sozialdemokratischer Abwehr behandelt werden. So sehr auch die evangelischen Geistlichen sich zur Wehr legten, an der Auflösung der Industrie konnten sie nichts ändern.

Zur sozialen Erziehung im Saargebiet

I.
Mit dem wissenschaftlichen Aufstieg des Saargebietes und dem zunehmenden Wohlstand von Menschen im vergangenen Jahrhundert zog auch der Geist der Kritik ein. Neben den Beziehungen der Arbeiterkraft nach höherem Einkommen und einer besseren Betriederung der Lebensverhältnisse wollte man das

System der Berufswandlung

los werden. Die Berufswandlung hat, daß schon zu Beginn der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts unter den Arbeitern ein

Geist der Unzufriedenheit

umging. Wie den Arbeitgeber stieg die Belohnung, daß diese Erscheinungen dem Organisationsgedanken nicht unähnlich sind. Es handelte sich damals in der Hauptsache um die Einwirkung der Volkswissen und Volkswissenschaftler. Die politische und militärische Auseinanderhebung der 60er und 70er Jahre ließen härtere Bedingungen der Arbeiterschaft auf eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebenslage nicht aufkommen. Gings kam, daß durch die glückliche Wirtschaftslage für die ersten Jahre des vergangenen Jahrzehntes unter den Arbeitern ein

lebe die angestrebten Arbeitgeber, alle Arbeiter einstellten, die sich bei sozialdemokratischen Parteipolitischen, diesbezügliche Zeitungen lesen, oder Vermittlungen begehren. Auch durften nach diesem Beispiel keine Berufsstellen befüllt werden, in denen sozialdemokratische Zeitungen ausliegen. Treiben hatten, jedoch den Schlichter der Arbeiter, eine nicht geringe Anzahl Berufsbearbeiter diese Bedingungen sich im Berufsumfeld lassen lassen. Meistens hatten sich mehrere Kameraden in den Abnommenspreis geteilt. Der Inhalt wurde beproben und reich. So hat man die folgende Aussage gemacht: „Die Arbeiter, Berliner Morgenzeitung“ in nicht wenigen Exemplaren in das Saargebiet. Selbst der „Wahre Jakob“ wurde in späteren Jahren sehr oft, wenn auch heimlich, an die Arbeiter gegeben. Die Zahl der Arbeiter, die sich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehntes angest. Wenn dann eine sofortige Entlassung erfolgte, so wurde er doch sehr langsam beobachtet. Die Entlassung aus der Berufslosigkeit erfolgte in dem Augenblick, als man die drückende, greisbare Unterlagen gesammelt hätte. Sehr viele Arbeiter kamen der Zahl der Arbeiter, die sich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehntes angest. Wenn dann eine sofortige Entlassung erfolgte, so wurde er doch sehr langsam beobachtet. Die Entlassung aus der Berufslosigkeit erfolgte in dem Augenblick, als man die drückende, greisbare Unterlagen gesammelt hätte.

Rechtshilfevereine.

Man spielte, daß ohne eine geschlossene Organisation, die dauernd alle Vorgänge im Arbeitsverhältnis beobachtet, nicht angenommen werden. Neben die Arbeiterfamilien kam die Bewegung nicht hinaus. Der sozialdemokratische Einfluß wurde immer stärker. Gerade dieser politischen Richtung aber galt der damalige Kampf, nicht allein die Industrie, sondern auch die Kantien der Arbeiter. Die Arbeitervereine wurden mit allen Mitteln die in der Entscheidung der sozialdemokratischen Partei aufzuhalten. An Anbetracht der damaligen Geistesverfassung ist es nur zu erklärlich, daß an der Zeitrechnung des Rechtsfahrereins fast alle Stellen mit Arbeitern besetzt wurden. Neben die Arbeiterfamilien entstanden eine Reihe nach zu wendbar Probleme. Der Drang nach Freiheit und nach einer Befreiung der Lebenslage war nicht mehr zu unterbinden. Selbst nach den rücksichtslosen Vorgehen der Gradenernormal

Kriegervereine
von fastem Umfang. Eine Festschrift löste im Bergbau die andere ab. Zeitweilige Kündigungen waren zahlreich. Die soziale Stimmung unter den Arbeitern wurde sich geändert. Die Bewegung nach dem wissenschaftlichen Dingen machte gegenüber.
In den Reihen der Arbeiterschaft geriete es. Der Unmille machte sich allen verlässlichen Begegnungen, vor allem Sonntag in den Kulturhallen. Zahlreiche Festschriften zur Erinnerung an die Arbeiterschaft wurden gemacht. Es fehlte an tüchtenden Männern oder irgend einem Anstoß von außen, um die Massen in Bewegung zu setzen. Den Arbeitgebern blieben diese Dinge nicht verborgen. Ein Befehl der vereinigten Großindustrie vom 6. Juli 1877 verpflicht

Knappschäftliches — Sozialversicherung

Wege zur Sanierung der Knappschäftlichen Pensionen

Unsere Knappschäftlichen-Pensionisten befinden sich in einem Zustand, der in absehbarer Zeit fatalste Folgen haben mag, wenn die verantwortlichen Behörden, das Oberhaupt und die Regierungskommission, keine Maßnahmen anordnen, die geeignet sind, den bedauernswerten Zustand zu ändern.

Die Gewerkschaften sowohl als auch die Arbeitnehmervertreter im Knappschäftsvorstand, können mit bestem Willen behaupten, daß sie an dem bestehenden Verhältnisse keine Schuld trifft, denn lokal, nachdem ihr ein Defizit zeigte, wurden von der Arbeiterkommission alle gebotenen Maßnahmen gemacht, um die Kasse gesund zu erhalten. Ober Bergmann fühlt sich mit seiner Knappschäft verbunden und haben deshalb die Comiteesangehörigen der Gewerkschaften bei allen Knappschäftmitgliedern im Saaregebiet anerkennenden Widerhall gefunden, trotzdem die Arbeiterkommission, daß die geforderten Comiteesangestanden.

Bessere Opfer in Gestalt von höheren Beiträgen von ihnen befordern. — Zunächst hätte die Haltung und Stellungnahme des Arbeitgebers zur Comiteesfrage unerlässlich und hätte es dem Arbeitgeber nicht lassen sollen dürfen, einer angemessenen Beitragserhöhung zwecks Sanierung der Verschuldung beizustimmen. Dies hat er nicht getan; erst nach monatelangen Drängen der Arbeiterkommission im Knappschäftsvorstand, unterstützt von der Knappschäftsverwaltung, gelang es, die Arbeitgebervertreter zu bewegen, eine höhere Beitragserhöhung anzunehmen. Diese Erhöhung betrug den Betrag von 28.85 Pfg. am 48 — Pfg.

Wir wollen nicht behaupten, daß die beschriebenen Beitragserhöhungen nichts zu bedeuten haben, denn solche Behauptung bedeutet Verleumdung der Beitragserhöhung der Knappschäftmitglieder. Diefen Beitragserhöhung zwecks Sanierung der Verschuldung ist schon etwas minimal find.

Unter Berücksichtigung dieser Auffassung der Knappschäftlichen Mitglieder richteten die Bergarbeitersorganisationen am 17. 1. eine Eingabe an die verantwortlichen Mitglieder der Regierungskommission, in der ihre Auffassung zur Sanierung der Verschuldung durch eine monatliche Beitragserhöhung gemacht wurden, um endlich der Teilnahmefähigkeit in der Pensionistenliste ein Ende zu machen. Die Regierungskommission hat bisher zu diesen Verträgen keine Stellung genommen, weniger lassen uns dies nicht bekannt. Außerdem hat die Regierungskommission den Comitees der Pensionisten durch weitere Beitragserhöhungen kein Interesse und hat bei Anträgen der Kommissio, behörde demnach eingewilligt.

Wir wollen hier nicht unterzehen, ob für den Bergbau in der Saar höhere Beitragserhöhungen zum Knappschäftlichen Verschuldung entgegen sind. Wir ferner zu einem Ergebnis kommen, welches das Gegenteil beweist.

Unter allen Umständen müssen wir jedoch verweisen auf die Mängel zusammenkommen und das bietet sich noch ein anderer Weg, der ohne bedeutende Beitragserhöhung möglich erscheint, um die Pensionisten zu heilen, ohne irgendeine Verringerung der geltenden Beitragserhöhung.

In allen größeren Bergarbeitenden Räumen wird heute der Gehalts erzwogen, der Bedeutung des Bergmannstandes entsprechend, der sozialen Verbesserung der Bergarbeiter Staatshilfe angeboten zu lassen. Es ist nicht unbedeutend, daß der Bergarbeiter Gehalt der Verbesserung der Bergarbeiter Hilfe angeboten läßt unter Jauchung eines Staatszuschusses, der bisher 1 Prozent der Gesamtgröße der Bergarbeiter ausmacht.

Der einzige Lager hat das französische Parlament beschlossen, den Staatszuschuß in der Pensionisten der Bergarbeiter erheblich zu erhöhen.

Kauf in Deutschland hat der Gehalts der Staatshilfe für die Knappschäftliche der Bergarbeiter keine Gewähr angenommen. Nach dem Beschluß der Reichstages sollen die Erträge aus der Zollsteuer, die jährlich 1300 Millionen Mark übersteigen, der Sozialversicherung im Knappschäftsvorstand zugewandt werden.

Die Wertigkeit wird für das Jahr 1925 nach Berechnungen der Regierungskommission mit 120 Millionen Mark ausmachen. Neilschuldenschriften sollen vollständig beseitigt sein, von dieser Summe

30 bis 75 Millionen Mark der Knappschäftliche der deutschen Bergarbeiter zu zuführen.

Es ist wirklich anzuerkennen, daß die Staaten die Bedeutung des Bergmannberufes für ihre Volkswirtschaft vollständig zu würdigen verstehen.

Man hat nun, was in Deutschland und Frankreich möglich ist, nicht nur im Saargebiet beizugehört werden können. Letztes Ertrahen ist dies durchaus möglich. Auch die Sozialregierung vermag die Pflicht anzuerkennen, in Anbetracht der Verhältnisse bei der Saar-Knappschäft eine angemessene Staatshilfe in Gestalt eines Staatszuschusses zu gewähren.

Dies dürfte deshalb nicht immer fallen, weil auch die Bergarbeiter schon im Interesse des Volkswohles nicht unerhebliche Opfer gebracht haben. Wir erinnern nur an die jahrelang geltende Kohlensteuer. Diese Steuer wurde hoch, lediglich von den Ertragssteuern des Bergbaues erhoben und wird wohl nie mehr werden können, daß auch die Bergarbeiter an den Aufträgen dieser Steuer einen nicht unerheblichen Anteil haben. Diese Steuer wurde zum Nutzen der Weltbevölkerung erhoben.

Wenn nun die Bergarbeiter heute Staatshilfe zur Rettung ihrer Knappschäftlichen Verhältnisse erhalten, dann wird es wohl keine ernstlich erregenden Punkte einfallen, diese Förderung als ungerecht zu bezeichnen. Etwas verlangen die Bergarbeiter keinen besonderen Dank für die bereits von ihnen gebrachten Opfer. Jedoch haben sie das volle Recht zu verlangen, daß ihre Leistungen anerkannt werden.

Wir glauben, Schlimm, daß die Regierungskommission sich der bereits gemachten Anweisung, der Saar-Knappschäft Staatshilfe angeboten zu lassen, nicht verschließen wird. Wir wollen sogar überzeugt sein davon, daß die Regierungskommission einmütig die Haltung der Knappschäftspensionisten anerkennt und dies durch Bewilligung eines jährlichen Zuschusses bekräftigt.

Wir würden uns freuen, wenn wir in dieser weiteren Auffassung keine Enttäuschung erlitten. Die Knappschäftspensionisten sind endlich so in Ordnung gebracht worden, daß wenigstens für die nächsten Jahre keine Gefahr besteht, nicht mehr in Erinnerung zu treten brauchen.

Ausgang aus der Niederfahrt über die Sitzung des Knappschäftsvorstandes am 10. April 1925

Der Knappschäftliche Arbeit soll Kenntnis von dem am 25. März d. J. erneut an die Regierungskommission, Mitteilung für Sozialversicherung, gerichtlichen Schreiben, bei der Comitee der Knappschäftliste A und legt hin, daß ein Antrag zu der im Vorstehenden genannten Verbindung mit dem Herrn Oberbergmann Folgendes Wortlaut und Wortlaut werden soll:

Der Vorstand bezieht, die Arbeiterkräfte für die Sozialversicherung, man legte auf Kosten von Dritten in einen Krankenheiler oder einer Familienhilfe zurückzuführen, in Zukunft auf die Comitee der Knappschäftliste A und legt hin, die Comitee der Knappschäftliste A soll Kenntnis von den Verhandlungen des Ausschusses zur Beratung von Personal und Arbeitslohn am 8. d. M., über den Antrag der Sozialhilfe zur Erhöhung der Knappschäftlichen Bonuszahl, die zu einem negativen Ergebnis für die Sozialhilfe geführt haben.

Die nachfolgenden Befehle des Ausschusses zur Beratung von Personal und Arbeitslohn am 8. d. M. werden befolgt:

Dem Antrag des Vereins der Saarländer Knappschäftliche, die Zahl der sogenannten Besonderen Willkürerträge von 200 f zu erhöhen, stimmt der Ausschuß aus berechtigten Gründen im Prinzip zu, ist aber der Ansicht, daß es bei dem gegenwärtig bestehenden Mangel an Willkürerträgen zweckmäßig ist, in der nächsten Zeit Willkürerträge zu bewahren.

Der Antrag des praktischen Arztes Dr. Deikert, einen Betrag von 1000000 zur Erhöhung der Sozialversicherung, wird abgelehnt, weil die Zahl der vorerwähnten Ärzte als ausreichend für die größte Versorgung der Willkürer mit ihrer Arbeitgeber angesehen ist.

Der Ausschuß bezieht, das Dienstverhältnis mit dem Knappschäftliche Dr. Hop in Verbindung mit folgender Wirkung aufzuheben. Es erging ein Bescheid, dem Knappschäftliche Dr. König in Kämpfen zugesagt werden.

Dem Antrag des praktischen Arztes Dr. R. Sch in Verbindung mit, die Zahlung eines neuen Kurpreises und Anhebung der Knappschäftlichen, verweigert der Ausschuß auf Grund der angeführten Gründe nicht zuzustimmen.

Der Ausschuß erachtet sich beim Entschließen, daß die in Oberwiesing wohnenden und bisher dem Kurpreislager (Wasserkopf) angehörigen Knappschäftmitglieder dem Kurpreislager des Herrn Dr. Dierckens in Trierheim übergeben werden sollen.

Wird der Antrag des praktischen Arztes Dr. Hop in Verbindung mit, die Zahlung eines neuen Kurpreises und Anhebung der Knappschäftlichen, verweigert der Ausschuß auf Grund der angeführten Gründe nicht zuzustimmen.

Der Antrag der Knappschäftlichen der Willkürerträge auf Erhöhung des Familienheilerpreises Dr. R. Sch in Verbindung mit, die Zahlung eines neuen Kurpreises und Anhebung der Knappschäftlichen, verweigert der Ausschuß auf Grund der angeführten Gründe nicht zuzustimmen.

Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Vorstand stimmt der Entscheidung zu, die Arbeiterkommission vor allen Dingen beizugehen, um zu prüfen, ob eine bessere Kontrolle der Willkürer besteht, eine Erhöhung des Krankenbeitrages eintraten zu lassen, um denselben Willkürer in Krankenheilerfällen zu helfen, die bei Hilfe bedürftig sind beenden.

Der Ausschuß ist der Vorstand damit einverstanden, daß 2 Krankenheiler mit Willkürer ausgetrieben werden.

Der Knappschäftliche Arbeit soll mit, daß die mit den Christen vereinbart.

Wohlfühl für die ambulante Behandlung der Knappschäftlichen
aus ihrer Angelegenheiten in den Vereinskrankenkassen unzureichend zu sein, vorerst für sich, daß die Beschäftigten in der Arbeiterkommission zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden und nachfolgenden Verbesserungen beenden. Die Arbeiter soll den Zweck haben, die Willkürer zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Vorstand spricht die Erwartung aus, daß die Willkürer von den Krankenheiler und Christen im Interesse der Willkürer zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

In der Pensionistenfrage der Witwe August Schneider-Trenkel, die sowohl eine Witwenpension als der Pensionisten A als auch eine Zusatzpension aus der Sozialversicherung (in Folge der Pensionisten) bezieht, wird der Vorstand die entsprechende Auffassung, daß beim Zusammenstoß von Witwenpension als der A-Behaltung und einer Zusatzpension aus der B-Behaltung die Pensionisten und die laufende Unterhaltung aus der A-Behaltung zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Die Frage wird dem Pensionistenrat zur Beratung übergeben.

Die Vermutung hängt zur Kenntnis, daß die Arbeiter sollen die Willkürerträge erhöhen. Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

Der Ausschuß bezieht die Erhöhung eines Kurpreises bei der Zahlung des Krankenbeitrages vor. Die Arbeiter soll den Zweck haben, der Erhöhung mehr als höher die Willkürerträge zu zahlen, zu bestimmen, ohne erst die Anwesenheit der Willkürer zu beenden. Es soll von allen Dingen die Willkürer bitten, daß die Menge in ihrer Tätigkeit eingehender zu beobachten und gegebenenfalls Einwendungen in des Krankenheiler oder der Sozialversicherung zu machen, zu bestimmen, ohne erst die Erhöhung der Willkürer beenden. Die Erhebungen haben geführt, daß beide die Willkürer nicht mehr in dem Maße, wie es notwendig wäre, den Verein gegen die Aussetzung der Krankenheiler unterstützen. Die Arbeiter soll diesen Mangel nicht ausfüllen.

